

„Ich denke nicht daran, Steuern zu senken“

Deutschland, deine Steuern (letzter Teil): Finanzsenatorin Linnert zur Frage, welchen Spielraum der Fiskus hat

Bremens Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) findet das deutsche Steuerrecht zu überfrachtet und zu kompliziert. Sie plädiert für ein Ende aller Ausnahmeregelungen, höhere Ausgabendisziplin und mehr Steuergerechtigkeit. Mit ihr sprach Günther Hörbst.

Das deutsche Steuerrecht hat nicht eben den besten Ruf, um es vorsichtig zu formulieren: zu kompliziert, zu viele Sonderregelungen, zu wenig gerecht. Sehen Sie das auch so?

Karoline Linnert: Das Steuerrecht ist völlig überfrachtet. Aber solange das Vorhaben, es zu vereinfachen, nur ein Lippenbekenntnis bleibt, verpufft jede Bemühung dahingehend. Ein gutes Beispiel dafür ist die Diskussion darum, ob man Aufwendungen für die energetische Sanierung von Gebäuden von der Steuer absetzen kann oder nicht. Das ist seit einem Jahr eine Hängepartie. Die Finanzminister der Länder haben sich dagegen ausgesprochen. Wegen der Einnahmeausfälle – für Bremen immerhin bis zu 16 Millionen Euro im Jahr. Und weil das Steuerrecht dafür nicht geeignet ist. Dennoch dreht sich die Mühle immer weiter. Auch bei Sozialdemokraten und Grünen.

Warum dreht sich die Mühle weiter?

Weil sich die Meinung festgesetzt hat, dass man Gutes bewirkt, wenn die Bürger Ausgaben von der Steuer absetzen können. Ich sehe das völlig anders.

Nämlich wie?

Wenn der Staat etwas unterstützen oder fördern will, soll er das tun. Aber er soll es dann mit direkter Förderung tun. Das ist zielgenauer und gerechter.

Also Energiesanierung fördern, indem man dem Hausbesitzer eine Summe X aufs Konto überweist?

Genau. Man bezahlt die Rechnung und bekommt einen Teil davon erstattet, zum Beispiel über die KfW. Über das Steuerrecht gerät diese wünschenswerte Sache, dass Menschen investieren und damit den Energieverbrauch senken, in eine unglaublich verwaltungsaufwendige Maschinerie.

Ist das vielleicht ein Grund dafür, dass Steuern zu bezahlen in Deutschland so ein schlechtes Image hat?

Dafür gibt es sicher viele Ursachen. Und mir fällt auch kein Land ein, wo das so viel anders wäre. Aber in der Tat müssen wir viel mehr verdeutlichen, dass nur wer Steuern zahlt auch erwarten kann, dass für ihn und seine Kinder ein geordneter Staat, eine gute Infrastruktur und ein ordentliches Bildungswesen zur Verfügung stehen. Der Irrweg der letzten Jahre besteht darin, dass immer mehr Ausnahmen und Sonderregelungen geschaffen wurden. Diese Ausnahmen lassen sich aber nicht umsetzen. Sie führen im Gegensatz zu Ungerechtigkeit.

Warum?

Weil das derzeitige System so gestaltet ist, dass mit der Höhe des Einkommens die Möglichkeiten wachsen, die individuelle Steuerlast zu senken.

Und was würden Sie dagegen machen?

Ich bin Mitglied einer Initiative von Landesfinanzministern, die zehn Vorschläge vorgelegt haben, wie man das Steuerrecht vereinfachen kann. Aber wer den großen Wurf à la Bierdeckel will, der greift zu kurz. Aus guten Gründen werden in Deutschland die Steuern nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit erhoben. Dafür ist ein Bierdeckel zu klein. Starke Schultern können und sollen mehr tragen als schwache. Ich setze mich deshalb auch für einen höheren Spitzensteuersatz und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ein.

Aber wie soll es dann einfacher werden?

Dadurch, dass man der Versuchung widersteht, alles über das Steuerrecht zu lösen. Wie etwa das Ehegattensplitting, die energetische Haussanierung, die unterschiedlichen Sätze zur Mehrwertsteuer. Das sind Stellschrauben, an denen man drehen kann, ohne das System infrage zu stellen.

Also: Weg mit den Ausnahmen?

Im Grunde ja. Besser sind direkte Hilfen.

Die Steuereinnahmen sind hoch wie seit Langem nicht. Was tun damit? Steuern senken oder Schulden abbauen?

Stop! Wir schöpfen nicht aus dem Vollen. Die steuerabhängigen Einnahmen haben noch nicht das Niveau von 2008 wieder erreicht. Bremen hat sich verpflichtet, bis 2020 keine Schulden mehr aufzunehmen. Das klappt nur mit unbedingter Ausgabendisziplin bis hin zu weiteren Sparvorgaben, weil wir die Haushalte stabil halten müssen, und hoffentlich weiter steigenden Steuereinnahmen. Damit besteht nun aber lange noch kein großer Handlungsspielraum. Deshalb denke ich gar nicht an neue Ausgaben oder daran, Steuern zu senken.

Dennoch kommen aus Berlin immer wieder Rufe nach Steuersenkungen...

...die Bremen jedes Mal ablehnt.

Und deshalb bleiben Sie hier zu Hause auch bei der Gewerbesteuererhöhung und bei der City-Tax?

Steuergeld wird nicht immer richtig verwendet, gesteht Bremens Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne).

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Die Gewerbesteuererhöhung haben wir nicht gern gemacht. Aber ich muss alle Möglichkeiten nutzen, die ich verantworten kann. So moderat, wie die Erhöhung ausgefallen ist, kann ich sie vertreten. Bei der City-Tax ist es schwieriger. Bei der Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sind es die Kommunen, die am stärksten unter Druck stehen. Die Gegenreaktion auf diese unzureichende Steuerausstattung ist, dass man sich dann an viel zu vielen Stellen etwas Neues überlegt. Die City-Tax ist steuerlich keine wirklich gute Idee. Sie ist eine reine Notwehrmaßnahme, weil die Kommunen nicht mehr wissen, wo sie das Geld herbekommen sollen. Das weiß auch jeder. Steuersystematisch ist es das Gegenteil von Steuervereinfachung.

Aber als Kämmerin, die Sie ja für die Stadtgemeinde Bremen auch sind, bleibt Ihnen keine andere Wahl?

So ist es. Leider.

Ist die Gewerbesteuererhöhung auch so eine Notwehrmaßnahme?

Nein, das finde ich nicht. Sie ist ein zentraler Baustein zur Finanzierung einer Gemeinde. Bei der City-Tax wurde eine neue Steuer erfunden.

Einen Widerspruch gibt es da aber schon: Die öffentlichen Kassen sind voll. Trotzdem fehlt am Ende eine Menge. Dann muss wohl einiges davon falsch ausgegeben werden.

Die Kassen sind nicht voll. Unbestritten ist, dass Steuergeld nicht immer richtig verwendet wird.

Was halten Sie denn von der Idee, einen Straftatbestand der Untreue für Politiker einzuführen?

Die Diskussion finde ich interessant. Ich finde auch, wir sollten in Deutschland ernsthaft darüber sprechen, dass wir noch verantwortungsvoller mit öffentlichem Geld umgehen. Hier in Bremen haben wir einen Vier-Milliarden-Haushalt. Bei allem Bemühen fallen mir auch da Dinge auf, bei denen ich manchmal denke, ob man das nicht hätte besser machen können. Doch der Teil des Haushalts, über den wir selbst entscheiden können, ist ziemlich klein.

Dennoch werfen Ihnen die reichen süddeutschen Länder vor, deren Geld zu verpressen.

Bremen ist gut für Deutschland. Wenn Horst Seehofer, der bayerische Ministerpräsident, das nicht gut findet, ist das bedauerlich. Im Süden wird notorisch nicht zur Kenntnis genommen, wie wichtig etwa die Bremer Häfen für ganz Deutschland sind. Das ist eine Mischung aus Ignoranz und Absicht. Dahinter steckt der Plan, den Abstand zwischen reichem Süden und armem Norden weiter zu vergrößern.

Einigkeit herrscht dagegen weitgehend in Sachen Steuer-CDs aus der Schweiz. Wie ist denn die Position Bremens?

Wir sind dafür, solche CDs anzukaufen. Das Steuerabkommen mit der Schweiz halte ich verfassungsrechtlich für problematisch und steuerpolitisch für falsch. Dass darin stehen soll, dass wir keine CDs mehr ankaufen dürfen, kann man rein rechtlich nicht akzeptieren. Denn was passiert denn, wenn jemand an mich herantritt und mir ein solches Beweismaterial über Bremer

Steuerbürger anbietet? Das kann ich schon von Amts wegen nicht ablehnen. Zudem soll die Zahl der Anfragen begrenzt werden. Das ist doch auch rechtsstaatlich nicht in Ordnung.

Zur Person: Karoline Linnert, geboren 1958 in Bielefeld, ist seit Juni 2007 Bürgermeisterin und Finanzsenatorin in Bremen. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder.